



2022/01 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2022/01/das-kopftuch-stoert-den-schulfrieden>

Eine neue Studie über konfrontative Religionsbekundung an Berliner Schulen

Das Kopftuch stört den Schulfrieden

Kommentar Von **Hannah Wettig**

Eine Studie an Schulen im Berliner Bezirk Neukölln zeigt, dass Kinder aus konservativ-muslimischen Familien Druck auf ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ausüben. Mobbing gegen alevitische und liberal-muslimische Kinder gehört an manchen Schulen zum Alltag.

Der Neuköllner Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung (Devi) hat Schulleitung, Lehrkräfte und Sozialarbeiterinnen an zehn Neuköllner Schulen und einer sozialen Einrichtung nach konfrontativer Religionsbekundung befragt. Das Ergebnis: An einer Schule gibt es so etwas selten, eine weitere kann die Konflikte gut lösen. Doch an vier der Schulen ist die Situation kritisch bis alarmierend.

Der Devi-Studie zufolge werden muslimische Kinder, die im Ramadan nicht fasten, gemobbt; alevitische Kinder verleugnen ihren Glauben; Jungen kontrollieren Kleidung und Verhalten von Mädchen. Liberal-muslimische Eltern beklagen demnach, dass ihre Töchter unter Druck gesetzt würden, ein Kopftuch zu tragen; kollektive Gebete blockieren Wege; Schüler weigern sich, im Ethikunterricht eine Kirche oder Synagoge zu besuchen. Im Geographieunterricht wollten Schüler aus dem Atlas Israel herausschneiden. Am Sexualkundeunterricht nehmen viele gar nicht erst teil. Ein Coming-out wäre für Schülerinnen und Schüler, die nicht heterosexuell sind, unmöglich, berichten Pädagoginnen.

In den Interviews wird konkrete Unterstützung von der Politik eingefordert. Viele loben die Workshops, die zu den fraglichen Themen an den Schulen stattfinden. Aber sie bemängeln, dass einzelne Angebote wenig bringen. Viele Schulen haben eigene Lösungswege entwickelt, beispielsweise organisiert eine ungestörte Treffen für LGBT-Schülerinnen und -Schüler.

Aus den Berichten lässt sich vielfältiger Handlungsbedarf ableiten. Doch in den ersten Reaktionen auf die Studie zeigten sich Vertreter der Berliner Regierungsparteien »Die Linke« und Bündnis 90/Die Grünen ablehnend. Der Neuköllner Bezirksverordnete Ahmed Abed (Linkspartei) sagte bei einer Vorstellung der Studienergebnisse Ende Dezember, er halte das Projekt für »antimuslimisch« und »sehr gefährlich«. Die Grünen-Abgeordnete im

Berliner Abgeordnetenhaus Susanna Kahlefeld sagte der Welt, das Projekt sei fachlich falsch aufgesetzt: »Statt Lehrer*innen eine Hilfestellung zu bieten, wenn sich Schüler*innen provozierend verhalten, ist das Ziel einzig und allein, Religion an sich als ein Problem darzustellen.«

Diese Vorwürfe gehen an dem Inhalt der Studie vorbei. Eine Erhebung ist keine Handreichung für Pädagoginnen, die ihnen Tipps geben soll. Trotzdem finden sich in dieser Studie viele Ideen, was helfen könnte. Auch wird Religion keineswegs als Problem dargestellt. Vielmehr geht es um Glaubensfreiheit, zum Beispiel die der alevitischen Kinder, und um die Unmöglichkeit, im Unterricht über Christen- und Judentum zu sprechen.

Antimuslimisch ist die Erhebung schon deshalb nicht, weil sie nach allen konfrontativen Religionsbekundungen gefragt hat. Dabei kam auch heraus, dass es an einer Schule Konflikte mit russisch-orthodoxen Kindern gab, die sich über das Fehlen von Weihnachtsdekoration beschwerten. Vor allem aber wird deutlich, dass es gerade die Freiheit von Schülerinnen und Schülern aus muslimischen Familien ist, die eingeschränkt wird. Die kleine Minderheit der als nichtmuslimisch wahrgenommenen Kinder scheint weitestgehend in Ruhe gelassen zu werden. Folgt man Ahmed Abed, wäre es also antimuslimisch, die Diskriminierung von Muslimen zu thematisieren.

Den beiden Politikern geht es womöglich um etwas anderes. Beide wollen das Berliner Neutralitätsgesetz abschaffen, das das offene Tragen religiöser Symbole unter anderem im Schuldienst untersagt. Das Gesetz ist nach der Klage einer Lehrerin vor dem Bundesarbeitsgericht gefährdet. Das Gericht urteilte im vergangenen Jahr, das Tragen eines islamischen Kopftuchs dürfe nur im Fall einer konkreten Gefahr für den Schulfrieden verboten werden. Die Lehrerin bekam recht, weil ein solcher konkreter Nachweis nicht erbracht werden konnte. Lehrkräfte und Schulleitungen äußern sich zu diesem Thema in der Regel nur anonym. Studien gab es damals nicht.

Die Devi-Studie arbeitet diesen Punkt nun klar heraus. An mehreren Schulen gebe es Anfeindungen gegen muslimische Pädagoginnen, die kein Kopftuch tragen. Die Schulleitungen äußern sich mehrheitlich positiv zum Neutralitätsgesetz. Eine Schulleiterin beschreibt, was ohne das Gesetz passieren würde: »Die Wirkung des Kopftuchs als Symbol ist derart, dass Kolleginnen, die sich säkular kleiden, von Schüler*innen als ›Schlampen‹ beschimpft werden. Mehrere Lehrerinnen mit Kopftuch im Kollegium würden automatisch Kolleginnen ohne Kopftuch Probleme bereiten, ob sie wollen oder nicht.«